

zen



ieistr.

**Schneider-
gehille**

sofort gef. auf
W. Hennig,
Knecht.

Streblauer Kleider
junger

Mann

der 4 Jahre im Ver-
land tätig war, lach-
gefühlt auf gute
Zeitsweise,
passende Kleidung
oder sonstigen Ver-
trauenspersonen.
Off. u. 11241 an d.
W. erb. werden.

Knecht

der mit Pferden um-
gehen kann, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

**Verkaufers-
posten**

neisch welcher Art,
falls Nationen er-
behalten, kann gef. auf
werden.
Herren unter 30
Jahren, die in der
Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

welches auch etwas
Gartenarbeit zu be-
sitzen hat, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

nicht unter 20, ab-
ger. in Küche und
Hausarbeit erfah-
ren, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Mädchen

von 18 bis 20 Jahren,
die in der Küche und
Hausarbeit erfah-
ren sind, für so-
fort gef. auf
Johann Wipping,
W. 11242 an d.
W. erb. werden.

Bocholter - Borkener

Bocholter - Borkener
Volksblatt
Nummer 130
Freitag, den 13. Mai
Jahrgang 1927

Nummer 130

Freitag, den 13. Mai

Jahrgang 1927

Der Schutz der Republik.

Verlängerung des Gesetzes durch Initiativantrag
der Regierungsparteien.

Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 12. Mai. (Dr. H. B.)

Der Streit um die Verlängerung des Republik-
schutzgesetzes ist in sein Entscheidungsstadium getreten.
Gestern und heute fanden fortgesetzte Ver-
handlungen statt und zwar erstens unter den Vertre-
tern der Regierungsparteien, zweitens im Schilde des
Reichstages und drittens zwischen den Koalitions-
vertretern und den Mitgliedern des Reichstages. Die
Verhandlungen waren zwar vertraulich, man kann sich
aber nicht wundern, wenn angesichts des immerhin
großen Personenteils, der in Betracht kommt, Ein-
geleitet ist die Situation so, daß von einem posi-
tiven Ergebnis gesprochen werden kann — vor-
ausgesetzt, daß die Deutschnationale
Reichstagsfraktion, die am Freitag vormittag
10 Uhr zu einer einstimmigen Beschlusssitzung zusam-
mentritt, nicht aus der Reihe tanzt.

Das Reichskabinett hat den Beschluß
gefaßt, daß das Republik-
schutzgesetz verlängert werden muß. Da eine beschleu-
nigte Regelung mit Rücksicht auf die von gewisser
Seite im Lande betriebene Verhöhnung der Wehr-
massen unbedingt erforderlich ist, will die Reichsre-
gierung in Form der Vorlage eines Gesetzesentwurfes
nicht selbst die Initiative ergreifen. Bei
der üblichen Praxis müßte nämlich eine solche Vor-
lage zuerst an den Reichstag gehen, und eine Verab-
schiedung des Gesetzes wäre dann vor den Pfingst-
ferien nicht mehr möglich. Da aber die einstimmige Auf-
fassung herrscht, daß dem Streit um das Republik-
schutzgesetz möglichst bald ein Ende gemacht werden
muß, damit die gewissermaßen in der Luft hängen-
den Verhältnisse, so besteht der Plan, daß der Antrag
auf Verlängerung des Gesetzes durch einen In-
itiativantrag der Regierungsparteien
eingetragen wird. Wegen dieses Vorgehens sollen zwar
einige Bedenken laut geworden sein, aber im Interesse
einer raschen Regelung wurde kein Widerspruch er-
hoben. Wie wir aus guter Quelle erfahren, wird der
Antrag selbst sehr kurz sein: er soll nur aus einem
Paragraphen bestehen, der bestimmt, daß die Ge-
setzgebung des Republik-
schutzgesetzes um zwei Jahre verlängert wird mit der
Wahrscheinlichkeit, daß anstelle des Staatsgerichts-
hofes zum Schutz der Republik zunächst ein Sen-
at des Reichsgerichts, später ein Senat des
neu zu schaffenden Reichsverwaltungsgerichts tritt.

Weiter erfahren wir, daß von Seiten der Re-
gierungsparteien zu diesem Gesetz eine Entschlie-
ßung eingebracht werden wird, deren Formulierung
jedoch zur Stunde noch nicht feststeht. In dieser Ent-
schlie-ßung soll die Reichsregierung ersucht werden, in
Erwägungen darüber einzutreten, welche Ver-
sicherungen das Gesetz beibehalten und
dem künftigen Strafgesetzbuch und dem
Verordnungs- und Verwaltungsgesetz einverleibt werden müs-
sen. Auf Einzelheiten wird die Entschlie-ßung jedoch
nicht eingehen.

Somit wären also die Dinge geklärt. Doch im
Hintergrund steht noch, wie bereits bemerkt, eine große
Unbekannte: Die Deutschnationale Reichstagsfraktion.
Die Deutschnationale Reichstagsfraktion
haben dem vorgeschlagenen Plan ihre Zustimmung
gegeben. Wird die Fraktion den gleichen Weg
gehen? Soweit man aus vertraulichen Gesprächen
Schlüsse ziehen kann, werden die Deutschnationalen
keine Seitenstünge machen. Es wird zwar
in der am Freitag stattfindenden Fraktions-
sitzung ohne Zweifel zu heftigen Auseinandersetzungen
kommen, weil der rechte Flügel der Deutschnatio-
nalen den Kaiserparagraphen nicht ohne
weiteres hinnehmen will, aber schließlich
wird, so darf man bestimmt hoffen, die bessere Einsicht
siegen.

Alles in allem: Die Verlängerung des Gesetzes zum
Schutz der Republik wird erreicht werden. Die Ver-
änderung des Staatsgerichtshofes fällt durchaus nicht ins
Gewicht, da er bisher ohnehin nur noch die Funktion
einer Beschwerdestelle hatte. Dieses Gesamtgebilde
ist die einzig mögliche Lösung, wie sie im Interesse
der Festigung des deutschen Staatswesens kommen
muß. Es entspricht auch den Richtlinien, die beim
Zusammenkommen des jetzigen Kabinetts als Grund-
lage der Verhandlungen dienten. Auch die Demokraten
und Sozialdemokraten werden auf die nunmehr ge-
schaffene Plattform ohne Bedenken treten können. So-
bald am Freitag der deutschnationale Beschluß vor-
liegt, wird sich Reichstagskanzler Dr. Marx mit den Op-
positionsparteien ins Benehmen setzen. In
den nächsten Wochen wird dann der Gesetzentwurf, der
verfassungsändernden Charakter hat und deshalb einer
Zweidrittelmehrheit bedarf, über die parlamentarische
Bahnen gehen können.

**Genf Brodbeck-Mankau begibt sich
nach Berlin.**

A. Mankau, 12. Mai. Der deutsche Botschafter Genf
Brodbeck-Mankau ist heute von hier über War-
schau nach Berlin abgereist.

3 Bauplätze

Größe ca. 30 Hektar
an der Elbstraße
zu verkaufen.
Wo, ist zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Die Einschränkung der Krisenfürsorge vom Reichsrat abgelehnt.

Ein Gesetz über die Verhinderung der Ausfuhr von Brotgetreide.

× Berlin, 12. Mai. Der Reichsrat nahm in
seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag nach-
mittag einen Gesetzesentwurf an, wonach bis zum Ab-
lauf des 31. Juli d. J. die Ausfuhr von Roggen,
Weizen, Gerste, Hafer, Buchweizen und Gerste
von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Buchweizen
nicht erteilt werden. Das Gesetz soll am Tage nach seiner Verkündung in
Kraft treten. Begründet wird das Gesetz mit den er-
heblich gestiegenen Brotgetreidepreisen.
Wenn auch mengenmäßig keine Veranlassung für die Ver-
sorgung der deutschen Bevölkerung bis zur neuen Ernte
besteht, so solle doch der Ausfuhr deutschen
Brotgetreides, die unter den obwaltenden Um-
ständen hinderlich werden könne, rechtzeitig ent-
gegengetreten werden, um dadurch eine überhöhte
Preisentwicklung zu verhindern.

Angenommen wurde ein Abkommen zwischen
Deutschland und der Freien Stadt Dan-
zig und Polen über die Durchführung des Artikels
312 des Vertrages von Versailles hinsichtlich der Freien
Stadt Danzig; danach hat nunmehr Deutschland
als Abfindung an Danzig aus dem Gebiete der
Sozialversicherung 35 Millionen Goldmark zu
zahlen. Ferner wurde angenommen der deutsch-
italienische Schiedsgerichtsvertrag und ein
neues Gesetz über Versteigerung von Kredit zur
Förderung des Kleinwohnungsbaues.

In die Oberpräsidentschaft für Schuld- und
Schmutzschulden sollen nach den Beschläffen des
Reichstages Preußen zwei und Bayern, Sachsen, Würt-
temberg und Hamburg je einen Vertreter entsenden. Der
Reichsrat erklärte sich ferner damit einverstanden, daß
Silbererinnerungsmünzen aus Anlaß des
450-jährigen Bestehens der Universität
Zürich geprägt werden.

Eine von der Reichsregierung dem Reichsrat vorge-
legte Verordnung betr. Einschränkung der Kri-
senfürsorge, insbesondere für das Baugewerbe,
Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, das Vertriebs-
gewerbe und Hausgewerbebetriebe, sowie eine
weitere Einschränkung für einzelne Bezirke, in denen
die Erwerbslosigkeit keinen großen Umfang mehr hat,
war von den Ausschüssen des Reichsrats dahin abge-
lehnt worden, daß die zweite dritte Einschränkung
gegriffen wurde. Namens der Reichsregierung bean-
tragte Staatssekretär Zweigert noch in letzter Stunde
die Herauslösung der Baugewerbe
und seiner Hilfsberufe. Namens der preussischen Re-
gierung beantragte Staatssekretär Weichmann die
Abhebung der gesamten Verordnung, sowie nament-
lich die Abhebung darüber. Die Vollversam-
mlung lehnte die Verordnung mit 41 gegen 26
Stimmen ab.

Die Reichsregierung hat im Reichsrat eine
Niederlage erlitten. Die vom Reichsarbeits-
ministerium geforderte Einschränkung der Krisen-
fürsorge hat nicht die Zustimmung der Mehrheit der Län-
der gefunden.

Der Verordnungsentwurf geht von der Tatsache aus,
daß die Zahl der unterstützten Erwerbslo-
sen sehr erfreulich zurückgegangen ist,
und zwar um rund 250 000 im April. Hatten wir am
15. Januar noch 1,83 Millionen Hauptunterstützungs-

Preußens Klagen gegen das Reich.

Die Verletzung des völkischen Abgeordneten Gieseler. - Allgemeine
Missbilligung seines Verhaltens.

Heftige Attacke des Minister-
präsidenten gegen die Reichspolitik.

Von unserer Berliner Redaktion.
A. Berlin, 12. Mai. (Dr. H. B.)

Die heutige Landtagsitzung nahm einen ziemlich
stürmischen Verlauf. Anlaßlich der deutsch-völ-
kischen Interpellation über die Verletzung des völ-
kischen Abgeordneten Gieseler kam es zu leb-
haften rednerischen Zusammenstößen. Der genannte
deutsch-völkische Parlamentarier hat bekanntlich vor
wenig erheben wollte. Der preussische Minister-
präsident Brauns ritt nämlich wieder einmal eine heftige
Attacke gegen das Reich und steigerte dabei seine
temperamentvollen Vorwürfe sogar bis zu der Behauptung,
daß gewisse Reichsbeamten das preussische Staats-
ministerium zum Besen halten sollten und daß es
Reichsbeamten gebe, die eine bewußte antipreußische Politik
betrieben. Mit dieser scharfen Rede war bedauerlicher-
weise ohne Zweifel eine neue tiefe Riß-
tiefen Preußen und dem Reich aufgerissen. Der
„Vorwärts“ ergreift natürlich mit Freuden die Gele-

chance, so waren es am 1. Mai nur noch 871 000.
Ein Erwerbsloser, der die Höchstgrenze der Erwerbs-
losenfürsorge von 52 Wochen überschritten hat, geht
heute in die Krisenfürsorge über. Es besteht
also die Möglichkeit, daß der Rückgang der Erwerbs-
losen durch Hebertritt in die Krisenfürsorge zu er-
klären sei. Daß dem aber nicht so ist, kann man daran
erkennen, daß die Zahl der Krisenunterstützten in der
Zeit vom 15. Januar bis zum 15. April nur um
100 000, nämlich von 135 000 auf 234 000 gestiegen ist.
Zahlen vom 1. Mai liegen noch nicht vor, aber die
Beförderung ist unverkennbar. Daraus aber hat der
Reichsarbeitsminister unter Zustimmung des Kabinetts
die Konsequenz gezogen, die Krisenfürsorge, die, wie
schon ihr Name sagt, eine Maßnahme für außer-
gewöhnliche Notzeiten ist, für Berufsgruppen und Gegen-
stände, für die die Erwerbslosenfürsorge in ihren Mög-
lichkeiten nicht voll ausgeschöpft wird, einzustellen.
Die zahlenmäßige Bedeutung dieser Maßnahme soll
übrigens nicht groß sein, zumal bei Beförderung des Ar-
beitsmarktes die Angehörigen der fraglichen Berufs-
gruppen dadurch aus der Krisenfürsorge ausgetrieben
werden, daß ihnen Arbeit vermittelt wird. Man hat
aber leider die Erfahrung machen müssen, daß in der
Krisenfürsorge ein immerhin nennenswerter Prozent-
satz von Arbeitslosen sich befindet, die für den Arbeits-
markt endlich nicht mehr in Betracht kommen. Reichs-
arbeitsminister Dr. Brauns hat in dieser Beziehung im
Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vor nicht
langer Zeit einige bemerkenswerte Zahlenangaben
machen können. In westdeutschen Arbeitsnachweisbe-
zirken ist es danach vorzukommen, daß zwischen 25 und
75 Prozent der Krisenunterstützten nebenher wegen
Wunderung ihrer Erwerbsfähigkeit Renten bezogen.
Ihre Vermittlung in Arbeit war nicht möglich, obwohl
Arbeit genügend vorhanden war. Solche Personen,
gehören streng genommen, nicht in die Krisenfürsorge,
sondern, soweit sie bedürftig sind, in die Wohlfahrts-
pflege.

Diese Begründung der Verordnung über die
Einschränkung der Krisenfürsorge hat im Reichsrat
keinen durchschlagenden Eindruck gemacht. Der An-
trag Preußens, die Vorlage in Vausch und
Bogen abzulehnen, hat eine ansehnliche
Mehrheit gefunden. Daß einem Gesetzes-
entwurf im Reichsrat dieses Schicksal bei seiner Ein-
bringung widerfährt, gehört zu den größten
Erfolgserlebnissen. Daß eine Zustimmung zu der Ver-
ordnung verweigert hat, dürfte sie fürs erste in der
Verenkung verschwinden.

Nicht zu verkennen ist, daß die Zulassung des Ver-
hältnisses zwischen Preußen und der Reichsregierung
in dem Auftreten des Führers der preussischen Re-
gierung gegen die Verordnung erneut Aus-
druck gefunden hat, wobei es ein Zufall sein mag, daß
am gleichen Tage im preussischen Landtag Minister-
präsident Brauns gegen die ihm unympathische Reichs-
regierung in einer Weise vom Leder zog, die jede di-
plomatische Reserve vermissen ließ. So zeigt sich eine
Situation, die dringend einer Überprüfung und Klä-
rung bedarf. Denn alle Anzeichen sprechen dafür, daß
unter der Regie der im Reich oppositionellen Sozial-
demokratie, die mit den Demokraten in der preussischen
Regierung die Mehrheit hat, auf eine fortgesetzte
Verhärtung des Konflikts Preußens mit dem Reich
hingearbeitet und ver sucht wird, daß andere Länder in den Dienst dieser
aufrührerischen Politik zu ziehen.

zu kindischen Sturmzügen veranlaßt, hinter denen sie
ihren diplomatischen Reifegrad und die ihnen zueig-
gewordene verbundene Züchtigkeit maskieren wollten. Hof-
fentlich nehmen sich die völkischen Vertreter dieses
Strafgericht zu Herzen. Es ist wahrlich nicht zu viel ver-
langt, wenn man fordert, daß es als ein Bestandteil des
parlamentarischen Anstandes zu gelten hat, die Wahrheit
nicht in so trivialer Weise zu mißhandeln, wie es bei den
verlogenen Angriffen der Deutschvölkischen gegen den
preussischen Wohlfahrtsminister der Fall war.

Nach diesem Intermezzo gab es eine neue Sensation,
die, wenn man objektiv urteilen will, wahrlich sehr
wenig erheben dürfte. Der preussische Minister-
präsident Brauns ritt nämlich wieder einmal eine heftige
Attacke gegen das Reich und steigerte dabei seine
temperamentvollen Vorwürfe sogar bis zu der Behauptung,
daß gewisse Reichsbeamten das preussische Staats-
ministerium zum Besen halten sollten und daß es
Reichsbeamten gebe, die eine bewußte antipreußische Politik
betrieben. Mit dieser scharfen Rede war bedauerlicher-
weise ohne Zweifel eine neue tiefe Riß-
tiefen Preußen und dem Reich aufgerissen. Der
„Vorwärts“ ergreift natürlich mit Freuden die Gele-

genheit, um die Gegensätze noch mehr zu schärfen. Er
schreibt nämlich:

„Was Ministerpräsident Genosse Otto Braun als
Zusammenstoß des größten Bundesstaates ausführt,
war mehr als ein Protest. Es war eine Anklage
gegen die Reichsregierung und ihr unterstellten Organe,
die in groben und in feinen Fragen mit Reichsbeamten
und Reichstagen preussischen Interessen entgegen-
arbeiten.“

Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es her-
aus. Wir werden uns daher nicht zu wundern brauchen,
wenn die in Frage kommenden Reichsbeamten den
Rechtsbehauptung aufstellen und die „An-
klage“ des preussischen Ministerpräsidenten hinneh-
men gewillt sind. So kommt infolge dieses brüßlichen An-
griffs wieder einmal der schärfste „Brandstiftung“
zwischen Preußen und dem Reich in Fluß. Es erhebt
sich allen Ernstes die Frage, ob man nicht geeignete
Methoden zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten
ausfindig machen könnte für derartige lebensschädliche
Tiraden vor dem Forum der breiten Öffentlichkeit.
Auch in den Kreisen der Zentrumskolonnen des
Reichstages herrscht, wie wir mitteilen in der
Vorgabe, berechtigter Entrüstung über das jedes
erträgliche Maß übersteigende Vorgehen des preussischen
Ministerpräsidenten. Das Reich ist seit Monaten chri-
stlich bemüht, mit Preußen ein christliches Einvernehmen
zu pflegen, und jetzt zerfällt Preußen wie-
der alles in einer Weise, die an die Ge-
schichte vom Elefanten im Porzellan-
laden erinnert. Diese demagogische Orgel ist,
daß Braun leider noch nicht die Scheuklappen seiner
sozialdemokratischen Parteizugehörigkeit abgelegt hat,
wie ja aus anderen Stellen seiner Reden hervorgeht, in
denen er ganz und gar als Parteimann spricht.

Die Dinge können jedenfalls so nicht
weitergehen. Auch die Zentrumskolonnen
des preussischen Kabinetts werden nicht an der
Prüfung des Problems vorbeikommen können, wie in
Zukunft solche Entgleisungen des Ministerpräsidenten
zu verhindern sind. Man kann sich nicht des bedrückenden
Eindrucks erwehren, daß Braun mit seiner aggressiven
Politik nur das Ziel verfolgt, sich und seiner Par-
tei für die nächsten Wahlen eine günstige
Plattform zu sichern. Das Zentrum aber hat
wahrlich kein Interesse daran, ihm bei einem solchen Vor-
haben die Stütze zu halten und ruhig zuzusehen,
wie dieser Mann aus parteipolitischen Gründen eine
regelrechte Aufhebung der Länder gegen-
einander betreibt. Es kann auch nicht als Entschlei-
gungsgrund gelten, daß, wie man annimmt, bei diesem
ganzen Betrug Staatssekretär Weichmann der
eigentliche Ausführende ist. Dieser Ausfüh-
rer ist unheilbar und es ist höchste Zeit, daß hier nach dem
rechten gehen wird. Zweifellos wird sich auch der
demokratische Parteitag des preussischen Zentrums ein-
gehend mit diesem Fragenkomplex zu befassen haben.

Erregte Landtagsdebatte.

— Berlin, 13. Mai.

Auf der Tagesordnung des Landtags stand als erster
Gegenstand die große Anfrage der völkischen Freiheits-
partei über

die Verletzung des völkischen Abgeordneten Gieseler.
abgeordneten Gieseler nach Trappmann
wegen seiner Angriffe in einer Volksversammlung
des Landtages gegen den völkischen Minister.
In der Anfrage wird ausgeführt, daß der Abgeordnete
Gieseler nach dem östlichen Zipfel Ostpreußens nach
Trappmann, das hat an der litauischen Grenze liegt,
Kraus besetzt ist. Das Wort nahm
Abg. von Rehmer (Völk. Freiheitspartei) zur
Begründung der großen Anfrage. Der Redner führte
unter großer Unruhe und anhaltenden Zurufen aus,
daß die Verletzung der Reichsverfassung durch die
Verletzung der Reichsverfassung durch die Verletzung
des Landtages wegen einer in Ausführung seines Be-
rufes getretenen Ausrufung verstoßen oder außerhalb der
Versammlung zur Verantwortung gezogen werden
dürfte. Der Landtagspräsident hat mit seiner
Maßnahme die Verfassung gebrochen. Der
Abgeordnete Gieseler habe den Wohlfahrtsminister
(Zurufe im Zentrum: Verleumdung!) angegriffen. Der
Oberlandtagspräsident Dr. Steiger von dem Bunde habe
Herrn Gieseler seinerzeit mitgeteilt, daß er zum 1. Mai
strafversetzt sei (Hört! Hört! bei den Völkischen).
Später sei die Verletzung mit denselben Gründen be-
legt worden. Die Begründung des Ministers enthalte
eine große Unwahrheit. Es sei Gieseler eine Vertrau-
ensentziehung der Bevölkerung zuteil geworden. Es
scheine hier eine neue Methode durch den Landtags-
schaffsminister Dr. Steiger in Anwendung gebracht zu
werden, um Angehörige der politischen Minderheit
mundtot zu machen.

Landtagspräsident Dr. Steiger
erklärte: Die Verletzung des Abg. Gieseler ist im In-
teresse des Dienstes geschehen. Die Osterode-
Zeitung hatte schwere persönliche Angriffe gegen den
Herrn Gieseler gerichtet. Gieseler hat daraufhin
den verantwortlichen Redakteur der Zeitung zum
Zweitsampf herausgefordert.

(Beifall bei den Völkischen) In Osterode erschien ein
Flugblatt, das einen Brief Gieseler enthielt. In dem
Brief heißt es: „Wir bekämpfen den Minister
Gieseler und wollen ihn stürzen, weil
er ein großer Schlingel der deutschen
Völkischen ist.“ Der unmittelbare Vorwand des Abg.
Gieseler hat ausdrücklich gegeben, Gieseler im Interesse des
Dienstes zu verhaften. (Hört! Hört!) Die Verletzung er-
folgte nicht auf Grund eines Disziplinärverfahrens und
bedeutet keine Strafbefugnis. Bei jedem nicht richter-
lichen Verfahren ist eine Verletzung jederzeit zulässig. Der
Artikel 36 der Reichsverfassung ist nicht verletzt.
In der Besprechung nahm als erster das Wort
Abg. Rehmer (Völk.): Wir danken den Völkischen
dafür, daß sie dem Landtagschaffsminister Gieseler
gegeben haben darzulegen, daß die Entlassung des Abg.
Gieseler notwendig war. Es handelte sich um eine

1897 schmutzige Sache. Das Zentrum sei der Meinung, daß Verleumdungen von der Art des Herrn Gieseler eigentlich wie kleine Kinder bei den Ohren genommen werden müßten (Lärm bei den Wählern). Es ist kaum jemals etwas Verleugertes behauptet worden, als was der Abg. Gieseler seiner Zeit dem Wohlhabensminister vorwarf. (Zehr wahr! links und in der Mitte.) In allen Zeiten wäre ein Vorbeigänger, der einen deutschen Minister in dieser Form beleidigt hat, aus seinem Dienst entlassen worden (Lebhafter Zustimmungslärm und in der Mitte). Abgeordnete aller Parteien stehen in dichten Reihen um die Rednertribüne, und die Unruhe ist groß. Auch heute müßte der Staat zu seinem eigenen Schutze derartige Beamte eigentlich hinauswerfen. (Zehr wahr! links und in der Mitte.)

Abg. v. Bismarck (D. V.) gab namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir können den Vorfall, den der Herr Abg. Gieseler gegenüber dem Wohlhabensminister unternehmen hat, nicht billigen. Wir widerlegen jedoch der Straßenszene, weil sie mit dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung in Widerspruch steht. (Lebhafter Zustimmungslärm, Lärm links und in der Mitte.)

Abg. Gieseler (D.) betonte unter großer Unruhe und von anhaltenden Rufen unterbrochen, daß er sich seiner Zeit der Regierung zur Verfügung gestellt und mitgeteilt habe, daß die Regierung heute im Sattel sitze. Die Behauptung, er habe sich des Vertrauens unwürdig erwiesen, treffe nicht zu.

Abg. Schwenk-Oberhausen (D. V.) erklärte für seine Partei, sie bilde das Vorgehen Gieseler nicht. Die Gründe des Ministers für die Vernehmung seien durchaus durchschlagend.

Abg. Dr. Heilmann (D. V.) erklärte, daß die Anwesenheit an sich erlöblich sei. Seine Partei misse nichts in jeder Form. Es gibt für Beamte auch für ihre Äußerungen der Reichshauptstadt keine Überforderung. Die Gründe, die dem Abg. Gieseler die Anwesenheit in der Reichshauptstadt einbringen, sind nicht als Grund angesehen worden, treffe nicht zu.

Damit war die große Anfrage erledigt. Das Haus ging über zur zweiten Beratung des Haushalts des Reichsministeriums und des Ministerpräsidenten.

Der Wort nahm als erster

Ministerpräsident Braun: Ich habe bereits in meiner Rede im Juni v. J. einige Differenzen zwischen Preußen und dem Reich aufgezeigt und insbesondere darauf hingewiesen, daß Preußen in der Angelegenheit der Wahl des preussischen Reichstages zum Reichstag gekommen ist. Auch bezüglich der preussischen Eigentums ist trotz jahrelanger Verhandlungen nichts an Preußen ausgeliefert worden. Auf Einzelheiten kann ich aus politischen Gründen nicht eingehen. Es werden die ungewissenheiten Bedingungen gestellt, so daß der Einbruch erhalten habe, daß gewisse Reichsministerien Preußen zum Vorschein kommen. Es bleibt deshalb zu meinem größten Bedauern nichts anderes übrig, als den Reichstag in Anspruch zu nehmen. Mit besonderer Bitterkeit muß ich mich erlauben, daß das Reich bereit war, anderen Ländern entgegenzukommen, nur Preußen nicht. Das erweist in mir die Ansicht, daß von gewissen Reichsteilen eine bewußt antipreußische Politik getrieben wird.

Wir wissen alle, welche Schwierigkeiten es gehabt hat, den Reichstag zu beschaffen. Gleichwohl hat man aber für Bayern, Baden und Württemberg 41 Millionen Reichsmark auf die Dauer festgelegt. Die preussische Regierung erwidert in der ungerechtfertigten finanziellen Versorgung der süddeutschen Staaten, auf die Kosten Preußens, insbesondere seiner Grenzgebiete, durchzuführen werden sollte, eine schwere Verletzung. Trotz des Protestes der preussischen Staatsregierung ist die Erhöhung der Reichssteueranteile mit einfacher Mehrheit angenommen worden. Die preussische Regierung mußte deshalb auf dem Gebiet der Hilfe des Reichsministeriums in Anspruch nehmen. Wir hätten dies nicht zu tun brauchen, wenn für den von uns beantragten Einbruch wenigstens die Vertreter der süddeutschen Provinzen gestimmt hätten. Hier hat sich wieder die Sinnlosigkeit der Bestimmungen der Reichsverfassung über die Provinzialverwaltung wieder offenbart. Auf die Dauer können diese Bestimmungen der Reichsverfassung nicht aufrecht erhalten werden. Ich verweise es nun allerdings, daß nachdem die Ausführung der Provinzialverwaltung der Reichsverfassung in den süddeutschen Grenzgebieten zutage getreten ist, sie nunmehr beseitigt sind, leben Zusammenhänge dieser Verhältnisse mit der Verringerung der Ausgaben für die Provinzialverwaltung abzunehmen.

Am Oden sind sehr gefährdete Gebiete vorhanden und dort ist ein wirtschaftlicher Notstand eingetreten, der längst schon Abhilfe erheischen hätte. Für die am meisten gefährdeten preussischen Grenzgebiete seien nur 15 Millionen bewilligt. (Hört! Hört!) Von diesen 15 Millionen soll Ostpreußen 3,3 Millionen, also genau so viel wie Baden erhalten. Dabei hat Ostpreußen im Kriege durch den Russeneinbruch schwer gelitten, während andere Gebiete, die hier in Ruhe kommen, keinen Kanoneneinbruch erlebt haben. Für Ostpreußen sollen 2,4 Millionen nachher werden, ebenso viel wie für Sachsen, für Niedersachsen 2,4 Millionen, also etwas weniger als für Sachsen, für die Grenzmark 1,2 Millionen, für Schleswig-Holstein 3,5 Millionen. Es zeigt sich auch hier eine klare antipreußische Tendenz, daß wir mit allem Nachdruck und dagegen werden müssen.

Besonderer Mitleid bedarf die Provinz Ostpreußen, die vom Mutterlande isoliert ist. Der Ministerpräsident verlas hierbei ein Schreiben, das er an den Reichstag richtete, das in der Fortsetzung ausfiel, daß angesichts der berechtigten starken Erleichterung sämtlicher ostpreussischer Bevölkerungsteile der Verleumdungsfälle unbedingt gebührend gebühret oder neue Reichsmittel für Ostpreußen flüssig gemacht werden müßten.

Er dankte namens der preussischen Staatsregierung dem Reichspräsidenten, daß er, wie aus einem Telegramm an den Vorstehenden der ostpreussischen Land-

Verleihen schafft die Kapitulationen ab.

Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages.

London, 12. Mai. „Times“ meldet aus Teheran, die persische Regierung hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt. Die Frist bis zum Ablauf beträgt ein Jahr. — „Morning Post“ meldet aus Teheran, Verleihen hat an alle ausländischen Konsulaten eine Note gerichtet, in der erklärt wird, Verleihen wolle über neue Verträge verhandeln, durch die die Kapitulationsrechte beseitigt werden.

Wie das WZ. zu den Meldungen aus Teheran erzählt, ist in der Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages der erste Schritt der persischen Regierung zu erblicken, die Kapitulationen in Persien abzuschaffen. Der Handelsvertrag bleibt für ein weiteres Jahr bestehen, das dazu benutzt wird, um mit der persischen Regierung neue Vertragsverhandlungen anzubahnen. Der Schritt ist deswegen bemerkenswert, weil die grundsätzlichen Bestimmungen über die Kapitulationen im deutsch-persischen Handelsvertrag enthalten sind und alle Verträge, die die persische Regierung mit anderen Mächten geschlossen hat, sich auf den Grundsätzen des deutsch-persischen Handelsvertrages aufbauen. Es ist mithin erforderlich, daß sämtliche in Teheran vertretenen Mächte sich über die Politik einig werden, die sie aus Anlaß der Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages mit seinen Konsequenzen einzuschlagen beabsichtigen.

Unter Kapitulationen versteht man Vorrechte, die ein Staat fremden Staatsangehörigen auf dem Gebiete des Handels und der Gerichtsbarkeit einräumt. Das erste Beispiel hierfür, das man kennt, stammt aus dem Ende des 12. Jahrhunderts, wo Kaiser Alexius III. von Byzanz dem venezianischen Botschafter das Recht einräumte, die Zivil- und Strafrechtsprechung über die Venezianer im griechischen Reich auszuüben. An dieses Abkommen knüpfte der türkisch-venezianische Vertrag von 1479 an. Bestimmte Handelsvorrechte und eine gewisse besondere Gerichtsbarkeit waren den Angehörigen der italienischen Handelsrepublik bereits vorher von islamischen Staaten zugestanden worden, so den Venezianern in Ägypten. Die Türkei hat die Kapitulationen der christlichen Mächte, die zum Teil auf das 16. Jahrhundert zurückgehen, im Weltkrieg ausgedehnt. Unter ihnen befand sich der Vertrag mit Preußen von 1761, der 1840 und 1862 auf den Deutschen Zollverein und 1893 auf das Deutsche Reich übertragen worden war. So nützlich diese Abmachungen

für die Angehörigen der fremden Mächte waren, so bedenklich waren sie für die Entwicklung der Türkei, denn sie führten zur Schaffung einer Klasse bevorzugter Einwohner, die namentlich von der Grund- und Gebäudesteuer befreit waren und sich der türkischen Gerichtsbarkeit entzogen. Singu kam, daß die Gewährung dieser Vorrechte nicht auf Gegenseitigkeit beruhe. In China achtet es in dem Konflikt mit England, Amerika und den anderen Mächten ebenfalls um die Beseitigung der Kapitulationen, nachdem Deutschland, Österreich und Ungarn bereits in den Friedensverträgen von Versailles, St. Germain und Trianon auf diese Vorrechte für ihre Staatsangehörigen haben verzichten müssen.

Der deutsch-persische Handelsvertrag, der die Konsulargerichtsbarkeit für deutsche Staatsangehörige gewährt, stammt aus dem Jahre 1873. Als einzige von den gleich Deutschland meistbegünstigten Mächten hat Sowjetrußland vor einigen Jahren auf dieses Vorrecht verzichtet. In Persien hat sich bekanntlich vor zwei Jahren ein Umsturz vollzogen. Agha Agha hat die alte Dynastie gestürzt und sich selbst zum Schah gemacht. Er ist ein sehr energischer Mann und offensichtlich bemüht, nicht nur innere Reformen durchzuführen, sondern auch nach außen Persien über das Niveau eines asiatischen Kolonialstaates zu erheben. Die Abschaffung der Vorrechte für ausländische Staatsangehörige ist der erste Akt dieser Emanzipation.

Die im deutsch-persischen Handelsvertrag enthaltenen Bestimmungen betreffend die Kapitulationen sehen vor, daß 1. ein Prozeß zwischen zwei Deutschen in Persien nur vor einem deutschen Konsulat erledigt werden darf, daß 2. ein Prozeß zwischen einem Deutschen und einem Fremden nur vor einem deutschen Konsulat unter Hinzuziehung des Konsuls der betroffenen fremden Macht stattfinden darf, daß 3. bei Streitigkeiten zwischen Persern und Deutschen diese vor einem persischen Gericht behandelt werden sollen, daß ein Urteil aber erst rechtskräftig wird, wenn vom deutschen Konsulat hierzu die Zustimmung erteilt worden ist und eine Vollstreckung erst erfolgen darf, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist. Insofern der grundsätzlichen Bedeutung der Kündigung des deutsch-persischen Handelsvertrages wird angenommen, daß die Bestimmungen der Mächte über die Aufhebung der Kapitulationen in Persien erforderlich sein werden. Deutscherseits wird betont, daß ohne Rechtsgarantien an eine Aufhebung der Kapitulationen nicht gedacht werden könne. Es sei jedoch anzunehmen, daß diese Frage keine besonderen Schwierigkeiten machen würde, da die in Persien bevorstehende Reorganisation der Rechtsprechung und des Gerichtswesens wahrscheinlich genügende Garantien bieten würde, wenn sie durchgeführt worden sein würde.

vielleicht zum ersten Mal bei dem Reichsminister v. Reuß in den besten und sachverständigsten Händen liegen. (Gelächter links.) Es soll uns wundern, wie lange sich der Herr Reichsminister Marx und die gesamte Reichsregierung diese unschöne Politik gefallen lassen werden. Die Zukunft gehört uns doch. (Lebhafter Beifall rechts, links, Mitte, Gelächter links.)

Abg. Dr. G. H. (D.) betonte, bei den Ausführungen des Abg. Schlangenschnitzers dürfe man nicht vergessen, daß

die Deutschnationalen in den letzten Monaten viel gelernt

haben. Daß sie noch nicht alles gelernt haben, liegt nicht zunächst an ihrem rohen und italienischen Einschlag. (Gelächter.) Aus der Rede Brauns habe eine ganz tiefe innere Erregung gesprochen, die bei dem Unilateralismus gerade vom Standpunkt der Rechte des Kaufes aus hätte gut ausgenommen werden müssen. (Zehr wahr! links und in der Mitte.) Die Spannung zwischen Reich und Preußen sei außerordentlich bedauerlich, aber die Schuld daran sei bei Preußen nicht größer als bei Seiten der Reichsregierung. (Zehr wahr! links und in der Mitte.) Es könne sich nur darum handeln,

die Spannung so rasch wie möglich aus der Welt zu schaffen. Ein höchst bedauerliches Mittel bleibe die Anrufung des Staatsgerichtshofes durch ein Band gegen das Reich. Noch schlimmer aber wäre, wenn solche Streitpunkte überhaupt in der Schwere blieben. Wenn der augenblickliche Zustand bezüglich der Provinzialverwaltung im Reichstag geändert werden sollte, bedürfte es, wie der Ministerpräsident ausführt, einer Veränderung der Reichsverfassung (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Campe (D. V.) erklärte, man könne diesen in der Rede des Ministerpräsidenten für richtig halten, aber die Rede sei nicht geeignet, das Einvernehmen zwischen Preußen und dem Reich zu fördern. Welches habe man den Staatsgerichtshof, wenn immer wieder an ihn appelliert werde, so sei etwas faul im Staat. (Zehr wahr! rechts, links, Mitte, Gelächter links.)

Abg. Dr. v. Campe (D. V.) erklärte, man könne diesen in der Rede des Ministerpräsidenten für richtig halten, aber die Rede sei nicht geeignet, das Einvernehmen zwischen Preußen und dem Reich zu fördern. Welches habe man den Staatsgerichtshof, wenn immer wieder an ihn appelliert werde, so sei etwas faul im Staat. (Zehr wahr! rechts, links, Mitte, Gelächter links.)

Abg. Dr. v. Campe (D. V.) erklärte, man könne diesen in der Rede des Ministerpräsidenten für richtig halten, aber die Rede sei nicht geeignet, das Einvernehmen zwischen Preußen und dem Reich zu fördern. Welches habe man den Staatsgerichtshof, wenn immer wieder an ihn appelliert werde, so sei etwas faul im Staat. (Zehr wahr! rechts, links, Mitte, Gelächter links.)

versuchen gezwungen bin, in einzelnen Fragen den Staatsgerichtshof in Anspruch zu nehmen, so bedauere ich das sehr. (Zehr wahr! links und in der Mitte.) Ich habe diese Dinge in so vielen Jahren zu tun gehabt, so bereinigen. Herr v. Campe hat man erklärt, er könne sich zwar leicht in gewissen Punkten mit meiner Rede einverstanden erklären, aber der Ton meiner Rede gebe zu Bedenken Anlaß. Ich verstehe meinen Standpunkt so darzulegen, daß er von anderen verstanden wird, daß er wahr und deutlich ist. (Beifall links.) Ich weiß nicht, ob Herr v. Campe aus den nationalen Charakteren über die Bedenken verläßt. Im Gegensatz zu Preußen hat aber Bayern alles durchgesetzt. Somit wird Herr v. Campe doch zu geben müssen, daß

die Schwierigkeiten zwischen Preußen und dem Reich nicht im Ton, sondern vielmehr in der Sache liegen.

Gerade mit dem Reichstagler habe ich in der konstitutionellen Weise gesprochen und mir auch die weitestgehenden Zusicherungen gemacht. Aber wir haben leider im Reich einen so überaus schnellen Wechsel an Ministern. Im Ausnahmefall des preussischen Landtages habe gerade die Deutsche Volkspartei den Vorwurf gegen ihn erhoben, daß er nicht ernstlich genug die preussischen Interessen gegenüber Bayern vertrete. Man müsse sich daran erinnern, daß auch Bismarck in der ersten Zeit seiner Bemühungen, einen Weg zwischen Preußen und Bayern zu finden, seine größte Genialität bei den Konversationsgesprächen habe. Wer nicht heute fortgesetzt zurückbleibe und das alles zum Vorteil hinstelle, habe kein Recht, davon zu reden, daß die preussische Regierung hinterher die Kraft vor der Gefährdung der Republik habe. Dr. von Campe hat gesagt, ich hätte zu viel. Wenn, meine Herren von der Rechten, diese neue Minister, die sich in ihre Ministerrolle offenbar noch nicht ganz hineingefunden haben, ihre Vorhaltungen beachten wollten, etwas weniger zu reden, z. B.

Der Reichsjustizminister mit seiner Rede im Osten, die beim Reichsausschuß Entsetzen hervorrief, würde es um unsere Politik sehr viel besser bestellt sein. (Zehr wahr! links und in der Mitte.) Die wenigen Reden, die ich gehalten habe, sind, offenbar, weil sie so selten sind, jedesmal sofort Gegenstand lebhafter Kritik gewesen. Was ich über

die Reichswehr gesagt habe, hätte ich selbstverständlich auch nicht gesagt, die Reichswehr ist das Land des Reichs. Wenn die Reichsregierung glaubt, Ueberrückstellungen an die Reichswehr republikanischer Gesinnung zu haben, wie in Preußen können solche Beamten noch gebrauchen.

(Beifall links und in der Mitte.) Deswegen haben wir einen anderen Beamten bei uns zur Disposition gestellt, um die verbleibende Kraft des Reichs zu erhalten. Ich hoffe, daß die Reichsregierung nicht weiter auf dem Wege schreiten wird, geeignete republikanische Beamte in so rückfälliger Weise zu beseitigen. Jedenfalls würde ich es bei Einführung einer solchen Politik für eine Ehrenpflicht und für ein Interesse Preußens ansehen halten.

Daß Preußen diese Beamten dann bei sich aufnimmt. (Zehr wahr! links.) Wir haben im übrigen damit auch einen allgemeinen Wunsch der Reichsregierung erfüllt. Es ist uns nämlich durch ein Rundschreiben des Herrn Reichsjustizministers mitgeteilt worden, mehr als bisher Beamte der Reichsregierung in den Staatsdienst zu nehmen, damit ein gewisser Wechsel stattfindet. (Große Beifall.) Der Herr Abg. Schlangenschnitzer hat gesagt, er wolle ein abschließendes Urteil über meine Rede abgeben. Ich bitte doch die Herren von der Deutschen Volkspartei mit dem abschließenden Urteil solange zu warten, bis ich meine Tätigkeit an dieser Stelle abschließen. (Beifall links und in der Mitte.) Ich habe meine Tätigkeit im Reichstag beendet. Wenn das Urteil dann auch noch so herb ausfällt, aber sachlich ist, wird es mir große Freude machen. (Stürmischer Beifall links, rechts, Mitte.)

Deutsches Reich.

Dienstag Sitzung des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 12. Mai. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden.

Am 18. Mai Konferenz der Finanzminister.

Berlin, 12. Mai. Am 18. Mai wird im Reichsfinanzministerium eine Konferenz der Finanzminister der Länder stattfinden, die sich mit der vom Reichsfinanzminister eingebrachten Vorlage zur Vereinheitlichung des Steuerwesens beschäftigen wird.

Reichsminister Dr. Reichardt beim Reichspräsidenten.

Berlin, 12. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute im Beisein des Reichswirtschaftsministers den neuernannten Reichsminister für das Handels- und das Bergwesen, Reichsminister Dr. Reichardt, und ließ über die Lage des gewerblichen Mittelstandes Vortrag halten.

England und Sowjetrußland.

Hausjudung in der Londoner Zentrale der russischen kooperativen Gesellschaften.

London, 12. Mai. Die Polizei hat in den im Geschäftsbereich liegenden Räumen der russischen kooperativen Gesellschaften eine umfassende Hausjudung vorgenommen. Die Geschäftsräume der russischen Handelsdelegation, die unter dem Schutz der diplomatischen Exterritorialität stehen, blieben von der Hausjudung unberührt. Die Ergebnisse der Hausjudung sind bis jetzt nicht bekannt. Verhandlungen wurden nicht vorgenommen.

London, 12. Mai. Zu der Hausjudung in der Zentrale der russischen kooperativen Gesellschaften wird noch gemeldet, daß die polizeiliche Überwachung vor den Türen der Geschäftsräume namentlich während der Dauer der Hausjudung eintreten ließ. Weiter stellt, daß die polizeiliche Überwachung für die polizeiliche Aufsicht völlig ausreichend gekommen seien und sie von dem Verordnen der Hausjudung gänzlich ununterbrochen war.

Eine neue Ozeanüberquerung im Flugzeug.

New York, 12. Mai. Die beiden Flieger Cha. Berlin und Vertard werden heute nach ihrem Ozeanflug, das den Namen „Columbia“ trägt, zu ihrem direkten Flug nach Paris aufbrechen. Die beiden Flieger haben am 4. April auf einer Strecke eine der Entfernung New-York-Paris gleiche Strecke ohne Zwischenlandung durchfliegen, und damit seiner Zeit einen neuen Dauerrekord aufgestellt.

Die französische Ozeanflieger nicht gefunden.

Washington, 12. Mai. Die Nachricht, daß der Dampfer „Cameronia“ die Ozeanflieger aufgefunden hätte, wird durch den amtlichen amerikanischen Ausdruck demontiert. Das Luftschiff „Cameronia“ (früher A. M.) wird in den frühen Morgenstunden des 12. Mai auf der Suche nach dem Ozeanflieger in der Gegend von New-York aufgefunden. Die beiden Flieger sind noch nicht gefunden.

Aus

3. Besondere Eigen im Breisgau befindet hier das Apotheker-Schloß „Ulmen“. Im letzten Jahr wurde das Schloß in der Mitte des Schlosses ein neues Schloss erbaut, das die alten Traditionen des Schlosses bewahrt. Die neuen Schlosser sind in der Mitte des Schlosses erbaut, das die alten Traditionen des Schlosses bewahrt. Die neuen Schlosser sind in der Mitte des Schlosses erbaut, das die alten Traditionen des Schlosses bewahrt.

4. Aus dem Bereich der Landwirtschaft ist zu berichten, daß die Ernte der Getreidefrüchte in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Ernte der Getreidefrüchte in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Ernte der Getreidefrüchte in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

5. Aus dem Bereich der Industrie ist zu berichten, daß die Produktion der Eisenwaren in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Produktion der Eisenwaren in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Produktion der Eisenwaren in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

6. Aus dem Bereich der Wissenschaft ist zu berichten, daß die Forschung der Naturwissenschaften in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Forschung der Naturwissenschaften in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Forschung der Naturwissenschaften in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

7. Aus dem Bereich der Kunst ist zu berichten, daß die Kunst der Malerei in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Kunst der Malerei in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Kunst der Malerei in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

8. Aus dem Bereich der Literatur ist zu berichten, daß die Literatur der Dichtung in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Literatur der Dichtung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Literatur der Dichtung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

9. Aus dem Bereich der Musik ist zu berichten, daß die Musik der Komposition in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Musik der Komposition in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Musik der Komposition in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

10. Aus dem Bereich der Sport ist zu berichten, daß die Sport der Fußball in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Sport der Fußball in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Sport der Fußball in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

11. Aus dem Bereich der Gesundheit ist zu berichten, daß die Gesundheit der Bevölkerung in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Gesundheit der Bevölkerung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Gesundheit der Bevölkerung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

12. Aus dem Bereich der Religion ist zu berichten, daß die Religion der Kirche in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Religion der Kirche in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Religion der Kirche in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

13. Aus dem Bereich der Politik ist zu berichten, daß die Politik der Regierung in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Politik der Regierung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Politik der Regierung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

14. Aus dem Bereich der Wirtschaft ist zu berichten, daß die Wirtschaft der Industrie in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Wirtschaft der Industrie in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Wirtschaft der Industrie in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

15. Aus dem Bereich der Sozialpolitik ist zu berichten, daß die Sozialpolitik der Regierung in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Sozialpolitik der Regierung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Sozialpolitik der Regierung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

16. Aus dem Bereich der Kultur ist zu berichten, daß die Kultur der Wissenschaft in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Kultur der Wissenschaft in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Kultur der Wissenschaft in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

17. Aus dem Bereich der Kunst ist zu berichten, daß die Kunst der Malerei in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Kunst der Malerei in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Kunst der Malerei in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

18. Aus dem Bereich der Literatur ist zu berichten, daß die Literatur der Dichtung in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Literatur der Dichtung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Literatur der Dichtung in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

19. Aus dem Bereich der Musik ist zu berichten, daß die Musik der Komposition in der Provinz Brandenburg sehr gut ausfällt. Die Musik der Komposition in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen. Die Musik der Komposition in der Provinz Brandenburg ist sehr gut ausgefallen.

Bedholt, den 13. Mai 1927.

1997

1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26

